

## BID - Medieninformation vom 07.08.2013

---

### BID warnt vor extremen Belastungen für Unternehmen und Mieter durch die Vermögensteuer

- **Vermögensteuer verringert Liquidität und führt zum Investitionsstau auf dem Wohnungsmarkt**
- **IW Köln warnt zusätzlich vor möglichen Mietsteigerungen**

**Berlin** - Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen in Deutschland zu stärken, setzen Sozialdemokraten, Grüne und Linke mit unterschiedlichen Akzenten im Wahlkampf auf die Besteuerung von Vermögenswerten. Schon seit Jahren hat die Politik die Immobilienwirtschaft mit allerhand Aufgaben betraut, die durch weitere steuerliche Abgaben bei laufendem Geschäft kaum noch finanzierbar wären. Ebenso würden weitere Abgaben die Schaffung von neuem Wohnraum erheblich erschweren. In einem Gutachten warnt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln zudem, dass besonders in Ballungszentren und Hochschulstädten die Mieten um 15 bis 25 Prozent steigen könnten.

„Wir brauchen in Ballungsräumen Neubau, in strukturschwachen Regionen hingegen ist der Rück- und Umbau zu bewältigen. Zudem erfordert die Energiewende erhebliche Investitionen in die energetische Sanierung der Gebäude und darüber hinaus brauchen wir bis zum Jahr 2020 drei Millionen altersgerecht ausgestattete Wohnungen. Hierfür benötigen wir finanzielle Mittel, die aufgrund nicht ausreichender staatlicher Förderungen entsprechend aus dem Betrieb heraus erwirtschaftet werden müssen“, sagt Andreas Mattner, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des ZIA. Mit einer Besteuerung von Vermögenswerten kämen Wohnungsunternehmen daher immens in Bedrängnis.

Die Immobilien- und Wohnungswirtschaft ist eine nachhaltig wirtschaftende Branche, die – verglichen mit anderen Wirtschaftsbereichen – im Durchschnitt geringe Renditen erzielt. Sie steht für bezahlbaren Wohnraum, sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze, ist Auftraggeber für das Bauhandwerk und Dienstleistungsunternehmen. Die Vermögensteuer hätte somit Auswirkungen auf die Investitionsfähigkeit von Unternehmen. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wären entsprechend immens.

„Die Vermögensteuer macht Mieten teurer, wie uns das IW Köln bestätigt. Investitionen in die Wohnungsmärkte sind durch eine solche Substanzsteuer weniger attraktiv. Als Folge wird weniger gebaut und die Engpässe am Wohnungsmarkt verschärfen sich. Durch staatliche Eingriffe steigen die Mieten immer schneller. Die Politik würde am Ende das Gegenteil von dem erreichen, was sie eigentlich will und der Druck auf die Mieter würde sich verschärfen“, so Mattner.

Die privaten und öffentlichen Wohnungsunternehmen bieten insgesamt 6,8 Millionen Wohnungen – rund 17 Prozent aller vermieteten Wohnungen in Deutschland – an. Für sie würde die Vermögensteuer wie eine schlecht ausgestaltete Unternehmenssteuer wirken. Laut IW Köln ist davon auszugehen, dass die Steuer in den stabilen Wohnungsmärkten langfristig zu einem Großteil auf die Mieten umgelegt wird.

Sollte es also tatsächlich zu einer Wiedereinführung der Vermögensteuer kommen, muss zumindest das betriebsnotwendige Betriebsvermögen (Produktivvermögen) von der Besteuerung ausgenommen werden.

*In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info).*

Geschäftsführender Verband

Zentraler Immobilien Ausschuss  
Wallstraße 16  
10179 Berlin

[www.bid.info](http://www.bid.info)

Büroleitung der BID

Dennis Beyer

Tel.: 030 / 2021 585 41  
Mobil 0173 / 59 67 086  
Fax: 030 / 20 21 585 29  
E-Mail: [dennis.beyer@bid.info](mailto:dennis.beyer@bid.info)

Pressekontakt

Denis McGee

Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 2021 585 17  
Fax: 030 / 20 21 585 29  
E-Mail: [presse@bid.info](mailto:presse@bid.info)

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband  
Freier Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der  
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher  
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland  
IVD  
Bundesverband der  
Immobilienberater, Makler,  
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher  
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF  
Verband Geschlossene Fonds

ZIA  
Zentraler Immobilien Ausschuss